

der Sowjetunion und der Warschauer Vertragsstaaten, die dazu geeignet sind, die nukleare Rüstung radikal zu reduzieren, das Niveau der militärischen Konfrontation zu senken und die Anwendung und Androhung von Gewalt aus dem internationalen Leben zu verbannen. Die SEW wird ihre Anstrengungen vervielfachen, um diese Vorschläge unter der Bevölkerung umfassend zu popularisieren.

Wir fordern von den Regierenden unserer Stadt, jede politische und finanzielle Beteiligung Westberlins an der NATO-Hochrüstung endlich zu unterlassen und dafür Sorge zu tragen, daß in Westberlin weder atomare, biologische, chemische oder Laser-Waffen noch Rüstungsgüter anderer Art gelagert, entwickelt oder hergestellt werden.

Breiten Raum nahm auf dem Parteitag das Verhältnis Westberlins zur DDR ein. Die SEW hat jahrelang - gegen den Strom schwimmend - die Boykottierung bekämpft und für die Anerkennung der DDR gekämpft. In unserer Partei ist die Überzeugung tief verwurzelt, daß ohne eine kooperative, auf der Basis der Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils beruhende Zusammenarbeit mit der DDR die Zukunft Westberlins nicht gesichert werden kann. Wir wenden uns deshalb gegen die ständigen Versuche der Regierenden, sich in die inneren Angelegenheiten der DDR einzumischen und fordern, daß das Verhältnis Westberlins zur DDR eine neue Qualität erreicht.

Der Parteitag hat der SED und ihrem Generalsekretär, Genossen Erich Honecker, für ihre Initiativen im Dienste des Friedens und der Menschen gedankt und die Bürger der DDR zu der geschichtlichen Leistung beglückwünscht, die sie zur allseitigen Stärkung des ersten Arbeiter- und Bauern-Staates auf deutschem Boden in 35 Jahren vollbracht haben. Für unsere Partei ist der 35. Jahrestag der DDR

verpflichtender Anlaß, um durch abende im Rahmen des Parteiveranstaltungen des Parteivorlehrljahres und Diskussionsforen Standes, Vorträge in der Marxistischen Sozialismuspropaganda zu sehen Abendschule, Schulungsverstärken.

Arbeits- und Ausbildungsplätze statt Raketen

Auf unserem Parteitag wurde durch zahlreiche Aussagen belegt, daß unter den Arbeitenden die Erkenntnis über den engen Zusammenhang zwischen den zunehmenden Rüstungslasten und den Verschlechterungen der Arbeits- und Lebensbedingungen wächst. Bei durchschnittlich 85 000 Arbeitslosen gewinnt die Einsicht an Boden, daß jetzt erst recht die Notwendigkeit besteht, für Arbeits- und Ausbildungsplätze statt Raketen einzutreten. Das zeigt sich auch bei den harten Tarifeinsetzungen im Bereich der Industriegewerkschaften Metall, Druck und Papier sowie Bau, Steine, Erden.

Der Parteitag hat das entscheidende Kettenglied benannt, um dem sozialen Problem Nummer 1 in unserer Stadt, der Massenarbeitslosigkeit, zu begegnen: Die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Die Delegierten bekräftigten ihre uneingeschränkte Unterstützung der Arbeiter und Angestellten der Metall- und Druckindustrie, die für diese Forderung streiken oder Solidaritätsstreiks durchführen. Sie verurteilten die Aussperrungen von Arbeitern und Angestellten als brutalen Machtgebrauch der Unternehmer, als Versuch, die Gewerkschaften, die Interessenvertretung der Arbeiterklasse, zu zerschlagen, als zynische Attacke auf die Existenzgrundlage der Werktätigen und ihrer Familien. Sie versicherten, daß die SEW als Partei der Arbeiterklasse im Kampf für diese Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten solidarisch in den Reihen der Kämpfenden steht. Im Verlauf des Parteitages wurde an zahlreichen Beispielen bewiesen, daß der CDU/FDP-Senat ein Senat des Großkapitals ist, der

sich ausschließlich um die Erhöhung der Profite der Monopole sorgt. Er ist neben solchen Konzernen wie AEG und Siemens der größte Arbeitsplatzvernichter in der Stadt. Er hält sich an den sozial Schwächeren schadlos. Der Abbau im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswesen nimmt verheerende Ausmaße an. Demokratische Rechte werden abgewürgt.

Als konsequenter Partner in der Aktionseinheit, als zuverlässiger Mitwirkender in breiten demokratischen Bündnissen wandte sich der VII. Parteitag an die Arbeiter und alle Bürger Westberlins mit der Aufforderung: Es ist höchste Zeit, der CDU/FDP-Koalition die Quittung für ihre reaktionäre Politik zu erteilen.

Zur Lösung dieser Aufgaben ist die weitere Stärkung der SEW als der revolutionären Arbeiterpartei Westberlins von großer Bedeutung. Im Berichtszeitraum wußte die Partei politisch, ideologisch und organisatorisch gefestigt. Es wurden 1484 neue Mitglieder, vor allem aus der Arbeiterklasse, mit einem Durchschnittsalter von 28 Jahren aufgenommen, 23 Betriebsgruppen und 6 Wohngruppen gebildet sowie 1755 neue Abonnenten für unsere Zeitung „Die Wahrheit“ gewonnen.

Die Verantwortung gegenüber der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung und gegenüber der Bevölkerung Westberlins betrachtet die SEW als Verpflichtung und Ansporn, den Kampf für den Frieden, für die Sicherung des Rechts auf Arbeit, für die Verteidigung demokratischer und sozialer Rechte, für den gesellschaftlichen Fortschritt, für eine gesicherte Zukunft Westberlins wirkungsvoll zu verstärken.